

Protokoll der vierten Sitzung des Unterausschusses „Kinder- und Jugendförderplan“ vom 10.12.2008

Anwesenheitsliste: siehe Anlage 1

Entschuldigt: Ingo Junker, Heinrich Quiter

Begrüßung durch den Vorsitzenden, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Protokoll der 3.Sitzung des Unterausschusses

Der Vorsitzende des Unterausschusses, Ingo Junker, war beruflich verhindert, den Vorsitz übernahm der stellvertretende Vorsitzende, Jürgen Misch.

Jürgen Misch begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Gegen das Protokoll der Sitzung vom 21.10.2008 wurden keine Einwände erhoben.

Querschnittaufgabe „Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz“ (Anlage 2)

Herr Liedtke grenzte den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz auf Basis des Kinder- und Jugendfördergesetzes vom Schutzauftrag nach §8 KJHG ab. Hier gehe es um erzieherisches Vorbeugen und nicht um Eingriffe und Reglementierungen. Er verwies darauf, dass der erzieherische Kinder- und Jugendschutz in Sankt Augustin als Querschnittaufgabe angesehen werde, es gebe daher auch keine ausgewiesene Fachkraft nur für dieses Aufgabenfeld. Die für eine Querschnittaufgabe notwendige Netzwerkarbeit könne und müsse weiter ausgebaut werden. Er schlug zwei konkrete Maßnahmen vor (Anlage 2):

a) Durchführung eines Aktionstages zum „erzieherischen Kinder- und Jugendschutz“

Der Aktionstag solle, ähnlich einer Messe, die in Sankt Augustin tätigen Akteure zusammen bringen und den beteiligten Gruppen, Initiativen und Institutionen die Gelegenheit geben, sich und ihre Arbeit im Rahmen dieser Querschnittaufgabe der Öffentlichkeit vorzustellen. Die Vorbereitung solle 2009 beginnen, die Durchführung könne frühestens 2010 erfolgen.

Der Vorschlag eines Aktionstages wurde von Herrn Waldästel, Frau Roitzheim, Frau Janke-Schmidt, Frau Schulenburg und Herrn Misch begrüßt, es wurden aber auch Fragen nach der Zielgruppe der Veranstaltung, den beteiligten Institutionen sowie dem möglichen Aktionsort gestellt. Herr Waldästel schlug vor, die Veranstaltung dezentral an Schulen durchzuführen. Frau Janke-Schmidt und Frau Schulenburg verwiesen auf die Möglichkeit, die Vorbereitung für den Aktionstag zum Aufbau des Netzwerkes zu nutzen.

Herr Liedtke bestätigte, dass der Aufbau eines Netzwerkes ein attraktives Projekt brauche. Der Aktionstag solle ein solches Projekt sein. Als Akteure sehe er zunächst die Mitarbeiter/innen der in der Kinder- und Jugendarbeit in Sankt Augustin tätigen Einrichtungen und Gruppen. Eine Ausweitung auf weitere Akteure könne beim ersten Treffen eines Arbeitskreises festgelegt werden. Auch die Frage der Zielgruppen und der Angebote sollten Themen dieser Vorbereitungstreffen sein. Die Schulen mit ihrem Erziehungsauftrag sollten ebenfalls eingebunden werden, jedoch nicht generell, sondern nur Schulen mit entsprechenden Projekten. Ein solcher Aktionstag müsse zentral durchgeführt werden.

Herr Waldästel regte nochmals an, den Aktionstag nicht im Stadtzentrum sondern im Pädagogischen Zentrum des AEG oder einer Aula durchzuführen. Herr Schlienkamp verwies am Beispiel der Jugendschutz-Diskos darauf, dass auch Jugendliche als Zielgruppe für das Thema durchaus ansprechbar sind. Kontakte und Fachaustausch seien auch für die Schulen interessant. Frau Janke-Schmidt fand die Einbeziehung der Schulen ebenfalls interessant und schlug vor, den Aktionstag aufzuteilen in einen Fachaustausch am Vormittag, die Vorstellung von Familienprojekten am Nachmittag und einer Schülerparty am Abend.

b) Rauchverbot auf städtischen Spielplätzen

Der zweite Vorschlag entstammt einer Anregung des Städte- und Gemeindebundes, der aus Gründen des Gesundheitsschutzes (Vergiftungsgefahr durch Kippen) am 9.9.2008 die Aufnahme eines Rauchverbots auf Spielplätzen in die kommunalen „*Ordnungsbehördlichen Verordnungen über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung*“ angeregt hatte

Frau Roitzheim begrüßte die Initiative und verwies auf eigene leidvolle Erfahrungen als Spielplatzpatin. Sie schlug vor, das Trinken von Alkohol ebenfalls mit einzubeziehen, bezweifelte aber die Umsetzbarkeit des Verbotes. Auch Herr Waldästel begrüßte die Initiative, stellte aber ebenfalls die Frage nach der Kontrolle des Verbotes. Frau Janke Schmidt unterstützte die Initiative ebenfalls, verwies jedoch darauf, dass auch Jugendliche geeignete Treffpunkte mit der Möglichkeit zum Rauchen bräuchten.

Herr Kernenbach verwies darauf, dass ein entsprechendes Verbot zunächst nicht schade. Im Laufe der Zeit könne sicher eine Einstellungsänderung erreicht werden. Das Verbot sei für Spielplatzpaten und Spielplatzscouts eine Einstiegsmöglichkeit in entsprechende Gespräche. Herr Liedtke bestätigte, dass das Verbot zunächst eher Symbolcharakter habe, aber auch er erwarte längerfristig eine Einstellungsänderung gerade auch bei rauchenden Eltern. Das Verbot müsse zudem mit einer breit angelegten Öffentlichkeitsinitiative verbunden werden.

Als weitere wichtige Themen für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz bzw. für den Aktionstag und das Netzwerk wurden im Anschluss an diese Diskussion von Herrn Schlienkamp das Thema Lebensplanung und Schwangerschaftsverhütung und von Frau Schulenburg eine Ernährungsberatung genannt. Herr Waldästel verwies auf Aktivitäten rechter Gruppierungen an Schulen in Sankt Augustin als Themen für eine präventive Arbeit.

Handlungsfeld „aufsuchende Arbeit“ (Anlage 3)

Herr Liedtke verwies darauf, dass die aufsuchende Arbeit nicht als eigenständiges Handlungsfeld im Jugendfördergesetz genannt sei, in Sankt Augustin aber als wichtiges Handlungsfeld in Verbindung mit der offenen Kinder- und Jugendarbeit angesehen werde und daher im Unterausschuss auch entsprechenden Raum haben solle. Herr Kernenbach erinnerte an die Erfolge zur Stabilisierung der Streetwork, die zu einer festen Vollzeitstelle ausgebaut worden sei und stellte den Rollenkonflikt der Streetwork dar, der sich aus den Erwartungen der Bevölkerung nach einer „Jugendflüsterin“ ergebe, die als verlängerter Arm der Behörden Probleme mit Jugendlichen beheben könne, und der eigentlichen Aufgabe der Streetwork, nämlich Jugendliche aufzusuchen, Kontakte herzustellen, persönliche Ebenen aufzubauen und auf dieser Basis den Jugendlichen Angebote zu machen, sofern diese es denn wollen. Dieser Auftrag müsse in der Öffentlichkeit besser bekannt gemacht werden, um falschen Erwartungen entgegen zu wirken. Die Etablierung des Fahrplans des Streetworkmobils nach dem Testphase 2008 biete sich als Aufhänger für eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit an.

Frau Roitzheim bestätigte die falschen Erwartungen und Forderungen, die auch an sie herangetragen werden und die Notwendigkeit, diesen entgegen zu wirken. Im Zusammenhang mit dem Einsatz bei problematischen Jugendlichen stellte sie die Frage nach einer männlichen Fachkraft.

Herr Kernenbach bestätigte, dass der Wunsch nach einem männlichen Fachkollegen als Ergänzung zur bestehenden Stellenbesetzung bestehe, der Erfolg der Arbeit aber weniger vom Geschlecht als vielmehr von der Persönlichkeit der Stelleninhaber abhängen. Gefährlichen Situationen könnten und sollten die Mitarbeiter/innen aus dem Weg gehen. Zudem seien die Mitarbeiter/innen zumindest abends immer zu zweit unterwegs.

Herr Misch erinnerte nochmals an die Bedeutung der Streetwork als gleichberechtigte Aufgabe neben den Angeboten der offenen Jugendarbeit. Herr Kernenbach bestätigte dies und verwies darauf, dass es mit der Streetwork eine „zweite Linie“ gebe, über die auch Jugendliche, die wegen ihres Verhaltens in Jugendeinrichtungen Hausverbot erhalten müssten, weiter für eine pädagogische Arbeit erreichbar seien.

Nachfragen zur Ausweitung des Projektes „Betreten erlaubt“ beantwortet Herr Kernenbach dahingehen, dass die LAG „Streetwork“ das Projekt nach drei Jahren zunächst einstellt habe, inwieweit das Konzept weiterentwickelt wird, ist noch offen. Herr Schlienkamp schlug als Standort für eine Schutzhütte den Schulhof der Hauptschule Menden vor.

Handlungsfeld Spielplätze und Jugendtreffpunkte (Anlage 4)

Herr Liedtke griff diese Aussagen als Überleitung zum nächsten Tagesordnungspunkt auf. Auch Spiel- und Bolzplätze seien kein eigenes Handlungsfeld des Kinder- und Jugendförderplans, jedoch in Sankt Augustin immer als wichtiges Aufgabenfeld der Jugendarbeit gesehen worden und im JHA oft Thema gewesen. Auch hier schlug er zwei konkrete Maßnahmen vor.

Ebenso wie Kinder Spielplätze, benötigten Jugendliche geeignete Treffpunkte. Statt wie bisher nur auf die Bildung solcher Treffpunkte zu reagieren und erst bei auftretenden Problemen mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, solle deren Notwendigkeit anerkannt und eine Konzeption entwickelt werden, unter welchen Bedingungen diese Plätze als anerkannte Jugendtreffpunkte toleriert werden könnten. Es sollten geeignete Plätze ausgewiesen werden, zunächst vielleicht einer pro Stadtteil, später auch sozialräumlich gestaffelt. Schulhöfe seien durchaus mögliche Treffpunkte. Um dies umzusetzen, bedürfe es jedoch eines ausgehandelten Verhaltenskodex, der sowohl den Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen als auch denen der Nachbarschaft Rechnung trage, und der auch kontrolliert werde. Die Idee der Jugendtreffpunkte solle als Zielidee in den Kinder- und Jugendförderplan aufgenommen werden.

Herr Waldästl erklärte, er finde die Idee grundsätzlich gut. Auch die Anwohner von Spielplätzen müssten jedoch Rücksicht auf die Belange der Kinder nehmen und deren Lärm ertragen. Hier müsse eine Lanze für Kinder gebrochen werden. Die Suche nach geeigneten Standorten für Jugendplätze werde sicher schwierig. Er stellte die Frage, ob eine Mitgestaltung und Mitplanung durch Jugendliche vorgesehen sei und was an Infrastruktur vorgesehen sei.

Herr Falk fand die Idee großartig und schlug vor, ein Gesamtkonzept für Spielplätze, Bolzplätze und Jugendplätze zu erstellen. Auch die Aufgaben von Spielplatzpaten und Spielplatzscouts sollten in diesem Gesamtkonzept enthalten sein.

Frau Roitzheim erklärte, sie halte es für selbstverständlich, dass Kinder lärmten dürften, dies müsse nicht in einem Verhaltenskodex abgesichert werden. Dieser sei aber sinnvoll für Jugendplätze, da diese auch am Abend genutzt werden.

Herr Kernenbach erklärte, die Reglementierungen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum sei eine Entwicklung der letzten Jahre. Bei der Auswahl von Plätzen durch Jugendliche spielten viele Dinge eine Rolle. Er verwies auf einen Treffpunkt in Viersen direkt neben der Polizeistation, der dort entstanden sei, da sich die beteiligten Jugendlichen durch die Nähe zur Polizei eine Sicherung der Schutzhütte erhofften. Es gebe auch Erfahrungen mit mobilen Ausstattungen von Treffpunkten, etwa mit Bauwagen oder Stecksystemen. Zwar werde die LAG Streetwork im kommenden Jahr keine Projekte mehr unterstützen, doch gebe es auch die Möglichkeit, eigene Anträge ans Land zu stellen.

Herr Liedtke ergänzte, dass eine Umsetzung ohne Beteiligung von Jugendlichen nicht machbar sei, aber je nach Standort müssten auch Anwohner oder Geschäftsleute mit beteiligt werden. Die Rechtsprechung sei in den letzten Jahren immer einschränkender geworden und einige Kommunen seien dazu übergegangen, Spielplätze und Schulhöfe abends abzuschließen. Stattdessen sei es besser, konzeptionell und pädagogisch auf die Probleme zu reagieren. Ziel sei eine Akzeptanz der Rechte Jugendlicher im öffentlichen Raum unter bestimmten Rahmenbedingungen. Natürlich dürften durch geduldete Jugendtreffpunkte keine Angsträume entstehen. Die Entwicklung eines Konzeptes und die Deklaration geeigneter Plätze kosten zunächst kein Geld, ob Baumaßnahmen und damit Investitionen notwendig sind, müsse im Einzelfall geprüft werden.

Frau Roitzheim befürchtete, dass die Entwicklung eines Konzeptes eine Lösung drängender Probleme, z.B. in Menden, verzögern werde. Herr Schlienkamp verwies nochmals auf die

Möglichkeiten, die der Schulhof der Hauptschule für einen Jugendtreffpunkt bietet. Herr Liedtke verwies auf die Begründung des „Häuschen“-Projektes, mit dem der Mendener Schulhof eigentlich als Jugendtreffpunkt entlastet werden sollte, bestätigte jedoch auch, dass auch der Mendener Schulhof als möglicher Standort für einen Jugendtreffpunkt in Frage komme. Man müsse nur genau prüfen, welche Ecken tatsächlich hierfür in Frage kommen und ob für den Stadtteil Menden wirklich der größte Bedarf bestehe. Herr Schlienkamp verwies auf unterschiedliche Gruppen, die in Menden unterschiedliche Treffpunkte u.a. auf dem Schulhof nutzten.

Zum Abschluss der Diskussion verwies Herr Liedtke nochmals auf den ersten Maßnahmenvorschlag. Am Konzept der Spielplatzpaten solle festgehalten werden, obwohl die notwendige Begleitung und Pflege dieses Konzeptes an personelle Grenzen stoße. Daneben gebe es eine Projektskizze zu Spielplatzscouts, die als jugendliche Honorarkräfte in den Sommermonaten Spielplätze anfahren und Rückmeldungen über Eindrücke, Nutzung und Akzeptanz der Plätze geben sollten. Als weiteren Aspekt brachte er die Idee zu „Mehrgenerationenplätze“ ein. Bei Mehrgenerationenspielplätzen handelt es sich um Spielplätze, die um Angebote für Senioren erweitert werden, entsprechend der Erfahrung, dass viele Kinder von ihren Großeltern auf den Spielplätzen betreut werden.

Aktuelle Infos aus weiteren Handlungsfeldern

Aktuelle Infos aus anderen Handlungsfeldern lagen nicht vor.

Sonstiges

Herr Liedtke verwies auf den geänderten Zeitplan des Unterausschusses. In einer zusätzlichen Sitzung am 3.2.2009 sollen die Ergebnisse und der Prozess des Unterausschusses zusammengefasst und als Entwurf einer Vorlage für den JHA am 10.3.2009 diskutiert und verabschiedet werden. Zusammen mit der Beschlussfassung des Finanzplanes, den Ergebnissen des Fachforums bildet das Ergebnis des Unterausschusses den Kinder- und Jugendförderplan.

Ende der Sitzung

Jürgen Misch bedankte sich für die Mitarbeit und schloss die Sitzung gegen 19.45 Uhr

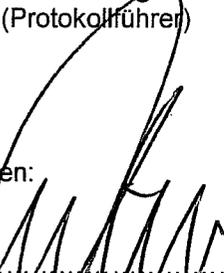


Klaus Engels
(Protokollführer)



Jürgen Misch
(stellv. Vorsitzender des Unterausschusses)

gesehen:



Marcus Lübken
(Beigeordneter)